

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Anzeigenaufnahme und Abrechnung Kosten erhöht

III. KUNDGEBUNG
22. Januar 18 Uhr
Zirkus Sarrasin

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaft

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gewollte Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr abends / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Verwalt. behält sich Anspruch auf Vorrang der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises vor

4. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 10. Januar 1928

Nummer 8

Einigung über die Schulverpfassung

Verschärfung der Volksschule als Preis für den Fortbestand des Bürgerblocks / Die SPD für Reichsschulgesetz und Konkordat als Preis für Ministerfessel in der Preußenkoalition

Das Schulkompromiß perfekt

Berlin, 10. Januar. (Eig. Drahtmeldung.)

Die schwarze Schulreaktion ist sich einig. Das Schulverpfassungsgesetz soll unter allen Umständen durchgepeitscht werden. Die SPD arbeitet dem Bürgerblock bewußt und planmäßig in die Hände, indem sie die Arbeiterschaft täglich beschwändelt. Die Ermöglichung des Reichsschulgesetzes und der Abschluß des Freuenkonkordats, das ist einer der Preise, den die SPD auf Kosten der Arbeiterschaft für ihre preußischen Ministerfessel und für die künftige Koalition im Reich zahlt. Die Klassenbewußte Arbeiterschaft, besonders die Freidenker dürfen sich auf keinen Fall durch den sozialdemokratischen und vorkommunistischen Schwindel von den angeleglichen Gegenjahren täuschen lassen. Die Diskussion im Bürgerblock geht lebhaft um die Kleinigkeit, welche kreischliche Stelle die Schulaufsicht übernehmen soll. Daß wegen dieser geringfügigen Frage der Bürgerblock auseinanderfallen wird, können nur bewußte Betrüger behaupten.

Gestern fand unter dem Vorsitz von Reudell eine „private Besprechung“ mit Vertretern der Bürgerblockparteien statt. Der Verein Deutscher Zeitungswerber erklärt heute offiziell im Auftrag des Innenministeriums über diese Sitzung:

„In den Kreisen der Regierungsparteien beurteilt man die Aussichten für eine Einigung über die Streitfrage des Schulgesetzes optimistisch und erwartet, daß diese Einigung in den nächsten Tagen fertig vorliegen wird.“

Der heutige Vormärts wagt zum ersten Male nicht mehr, seine täglichen Lügen vom Auseinanderfallen des Bürgerblocks durch das Reichsschulgesetz zu wiederholen. Er ährt auch nicht mehr den Propagandaredner v. Guérard und stellt jetzt Marx, dessen entscheidende Arbeit hinter den Kulissen bekannt ist, in den Vordergrund. Die Volkliche

Zeitung schreibt heute gleichfalls: „Auffallend ist, daß der Fraktionsvorsitzende von Guérard offensichtlich eine ganz andere Taktik vertritt als der Reichsminister Marx, der auffallend im Hintergrund bleibt. Die offiziellen Stellen versichern, daß das erstrebte Schulkompromiß zustande komme.“ Das heutige Berliner Tageblatt schreibt: „Die Deutsche Volkspartei will zwar auf ihrem Standpunkt beharren, jedoch glaubt man in parlamentarischen Kreisen nicht, daß sie festbleibt.“ Der Sozialanzeiger stellt die Haltung der Regierungsparteien fest und schreibt dann: „Sollte indessen das Schulgesetz nachträglich einen Einspruch des Reichsrates wegen der Kostenfrage haben, so dürfte dadurch die Koalitionskrise gar nicht gegeben sein.“

Die Arbeiterschaft kann also jetzt klar sehen. Die schwarze Schulreaktion marschiert einig und geschlossen. Der geheime Pakt der Bürgerblockparteien über die Schulverpfassung, gegen den die kommunistische Presse als erste und einzige die Arbeiterschaft alarmierte, ist eine Lausache, die durch keine sozialdemokratischen Lügen aus der Welt geschafft werden kann. Der Bürgerblock wird das Schulgesetz durchpeitschen. Die Staatsberatung soll in Angriff genommen werden. Alle Wünsche des Bürgerblocks sollen mit Zustimmung der SPD-Führer erfüllt werden. Der Bürgerblock bleibt auf ausdrückliche Forderung der sozialdemokratischen Führer. Von Reichstagsauflösung ist keine Rede mehr. Jetzt haben die Arbeiterorganisationen und die Betriebe das Wort. Ein Proteststurm muß entfacht werden gegen die Bürgerblockregierung und ihre verlogenen Soldschreiber, die Führer der Kosselpartei. Unter der Fahne der kommunistischen Partei jammern sich die Massen zum Sturz gegen den Bürgerblockreichstag, zum Sturz der Bürgerblockregierung.

Die Volkszeitung in der Kostefront

Nachdem die Absicht der Kandidatur Koste schon die gesamte Arbeiterschaft aufwühlte, nachdem der Parteivorstand der SPD die Kandidatur befähigt hat, nimmt jetzt auch endlich die Volkszeitung zu dieser Prozedation der Arbeiter Stellung. Die Volkszeitung lehnt aber keineswegs Koste ab. Sie gibt eine Schilderung der Bemühungen Koste um eine Kandidatur und schreibt: „Wir hoffen, daß sich die in Frage kommenden Genossen noch einmal sehr überlegen, und es wäre wünschenswert, daß auch der Parteivorstand einen entsprechenden Hinweis gibt, denn eine Kandidatur Koste würde die Wahlschancen der Sozialdemokratie für die nächste Reichstagswahl auf keinen Fall fördern.“

Die Volkszeitung appelliert jetzt an den Parteivorstand, wo schon feststeht, daß dieser Parteivorstand sich schon für die Kandidatur Koste entschieden hat. Die VZ lehnt Koste keineswegs wegen seiner Politik ab, sondern sie verteidigt diese Politik. Sie bittet Koste, doch soviel „Takt zu besitzen“, selbst auf eine Kandidatur zu verzichten. Mit ihm seien eben „einige traurige Kapitel der ersten Jahre der jungen Republik verknüpft“. Dann aber erklärt die Volkszeitung, Koste habe selbst weniger Schuld an seinen Taten. Die Schuldigen sind — die Kommunisten.

Mit rasender Mut fällt der Schmod der Volkszeitung dann über die Kommunisten her, weil diese das schändliche Spiel der SPD aufdecken. Die Kandidatur Koste sei eine häusliche Angelegenheit der SPD, sie gehe die Kommunisten nichts an. Wir sind schon der Auffassung, daß die Kandidatur Koste, der die wilhelminischen Offiziere und die tschechischen Bravos, die weißen Studenten und Lumpenproletarier gegen die revolutionären Arbeiter mobilisierte, der die Herrschaft des Kapitalismus rettete, die gesamte Arbeiterschaft angeht.

Die Kommunisten seien schuld an den blutigen Zusammenstößen, denn sie seien mit Panzerwagen und Maschinengewehren durch Berlin gefahren. Deswegen sei Guéras gewungen gewesen, die Kräfte der Konterrevolution zu sammeln, der lauernden Reaktion die Reichswehr auszuliefern.

Das ist die Verteidigung, die die Volkszeitung für Koste führt. Mit dieser Methode verurteilt die SPD-Führerschaft immer wieder ihre Schandtat zu verdecken. Mit dieser Methode will die SPD Koste Schuld am Kapp-Putsch, Schuld an den Morden an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Logisches, Selt und hunderttausend anderen Revolutionären verdecken.

Wir haben den traurigen Mut, Unschuld zu heucheln, so spricht die Volkszeitung. Auf unserer Seite liege ein gerüttelt Maß Schuld.

Wenn es schuldig sein heißt, den Verrat der SPD-Führer erkannt zu haben, wenn es schuldig sein heißt für die Revolution und die Befreiung der Arbeiter, für die Befreiung der kapitalistischen Gesellschaft zu kämpfen, dann bekennen wir uns schuldig. Aber, wenn die „Linken“ uns deswegen schuldig klagen, dann beweisen sie nur um so deutlicher, daß sie jenseits der Barrikaden stehen, daß sie die Verteidiger des Kapitalismus und des neudeutschen Imperialismus sind.

Immer größere Teile der deutschen Arbeiter sehen heute ein, daß die Kommunisten, daß der Spartakusbund recht hatte, als er, getreu der Lehre von Karl Marx, daß „die Waffe der Kritik nicht vermag die Kritik der Waffen zu ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch die materielle Gewalt“, die Arbeiter zum Kampf gegen die Konterrevolution und die Restauration des Kapitalismus aufforderte.

Es gehört die ganze Verlogenheit und Frechheit der sogenannten Linken dazu, heute solche Behauptungen aufzustellen, wo die Erinnerungen Koste und Scheidemanns jedem Arbeiter zeigen, daß die SPD-Führer damals und heute nur für die Erhaltung des Kapitalismus kämpfen. Scheidemann wurde kaiserlicher Hof- und königlicher Staatssekretär zur Erhaltung der Monarchie. Scheidemann erklärt, daß er nur schweren Herzens die Republik ausgerufen habe. Koste erklärte, einer muß der Bluthund sein. Aber nicht gegen die Kapitalisten, sondern gegen die Arbeiter. Der Spartakusbund, unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, zeigte den Arbeitern die Gefahren der Konterrevolution, forderte die Arbeiter auf, die Macht zu erobern, die materielle Gewalt der Kapitalisten durch das einzige Mittel hierzu, die materielle Gewalt der Arbeiter zu stützen. Koste stand als Führer des blutigen Unterdrückungs- und Mordsehnsüges auf Seiten der Kapitalisten. Heute wollen die „Linken“ den Arbeitern vorreden, wenn die Spartakisten nicht gekämpft hätten, dann wäre Koste nicht in Tätigkeit getreten. Es ist immer dasselbe Manöver, die SPD fordert die Arbeiter auf, sich freiwillig zu unterwerfen, dann brauche sie keine Opfer zu bringen.

Diese Schurkenbande betrachtet die Unterdrückung, die gesteigerte Ausbeutung als den Normalzustand. Die Arbeiter haben aber bitter gefühlt, wohin sie das Vertrauen zur SPD-Führerschaft gebracht hat. Heute, nach fast 10 Jahren deutscher nachrevolutionärer Bewegung leiden die Arbeiter die bitterste Not. Politisch und wirtschaftlich herrscht der tollste Terror der Kapitalisten. Das ist der Erfolg von Koste's Taten, der Erfolg der gesamten Politik der SPD. Die tschechischen sozialdemokratischen Führer verteidigen die Schandpolitik der SPD, sie machen diese Schandpolitik mit. Waren es nicht die Feigene, Böckel, Liebmann, Kraz, die im Jahre 1923 die tschechischen Arbeiter anlogen, daß die Reichswehr nicht nach Sachsen,

Der Schiedsspruch verbindlich

Verhindert die Abwürgung des Hüttenarbeiterkampfes!

Wie heute morgen gemeldet wird, hat der Reichsarbeitsminister am Montag den Schiedsspruch für die sächsische Hüttenindustrie für verbindlich erklärt.

Es war vorausgesehen, daß der Reichsarbeitsminister den sächsischen Hüttenbaronen mit der Verbindlichkeitsklärung zu Hilfe kommen werde. Wie in der Schwermetallindustrie des Ruhrgebietes, soll die Hölle des Zwischschichtenensystems durch Zwangsvertrag auf ein weiteres Jahr verlängert werden. Es bedarf keines weiteren Wortes darüber, der Achtstundentag wird nicht durchgeführt. Soweit für einzelne Abteilungen, wie für Stahlwerke, Karolin- und Elektrostahlwerke der Achtstundentag zur Durchführung gelangen soll, wird den Unternehmern die Möglichkeit gegeben, regelmäßige Sonntagsarbeiten einzuführen, so daß nach dem neuen Schiedsspruch nicht nur keine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit eintritt, sondern eine weitere Ausdehnung der Sklavenarbeit auf den Sonntag in Erscheinung tritt und den schwer arbeitenden Hüttenarbeitern damit die durch besondere Bundesratsverordnung und die Bestimmung der Gewerbeordnung bisher gesicherte Sonntagsruhe raubt. Obwohl der Schiedsspruch des sächsischen Landesrichters Haack den Hüttenindustriellen die Möglichkeit gibt, regelmäßige Sonntagsarbeiten einzuführen, lehnen sie den Schiedsspruch ab, weigern sich, auch nur bei einem geringen Teile der Belegschaft das Dreischichten-system einzuführen, obwohl damit einschließlich der Sonntagsarbeit eine wöchentliche Arbeitszeit von 68 Stunden erreicht wird. Noch ungünstiger ist der Schiedsspruch für die Arbeiter der Preßwerke und fallsteinfahrenden Walzenrollen. Hier wird auch weiterhin in zwei Schichten gearbeitet. Formal ist für sie zwar der Achtstundentag festgesetzt. Praktisch aber wird er durch die raffinierte Bestimmung aufgehoben, daß eine Stunde „Pause“ eingeführt wird. Tatsächlich aber werden 9 Stunden gearbeitet und nur 8 Stunden bezahlt.

Selbst mit diesem den Wünschen der Unternehmer weitgehend Rechnung tragenden Schiedsspruch sind die Hüttenindustriellen noch nicht zufrieden. Sämtliche Werke haben zunächst einmal beim Reichsarbeitsminister Dispens von der Verpflichtung der Durchführung des Schiedsspruches beantragt. In Kleina haben die Arbeiter auf die Frechheit der Industriellen mit dem Streik geantwortet und damit den Kampf gegen das Diktat des Bürgerblockrichters ausgenommen. In der Säch. Gußstahlhütte Freital und im Stahlwerk Pirna ist es den Reformisten bis zur Stunde noch gelungen, den Kampf abzuwürgen. Nachdem jetzt die Verbindlichkeitsklärung erfolgt ist, werden die Reformisten vom DWA erst recht erklären, daß Kampfhandlungen unterbleiben müssen, und gegen verbindlich erklärte Schiedssprüche, die als Zwangstarifverträge anzusehen sind, nicht gestreift werden könne, da die Organisation regerepflichtig gemacht würde. Die Verbindlichkeitsklärung ist den Reformisten gerade recht. Jetzt werden sie sich für die Durchführung des Schiedsspruches einsehen und alles tun, um die kämpfenden Arbeiter in Lauchhammer zur Arbeitsaufnahme zu bewegen. Sie haben ein wesentliches Stück ihres Zieles, der Abwürgung des Kampfes, bereits damit erreicht, daß es ihnen gelungen ist, den Kampf der Lauchhammerarbeiter zu isolieren und die Arbeitseinstellungen in Freital und Pirna zu unterbinden.

Fügen sich jetzt die Hüttenarbeiter Sachsens der Verbindlichkeitsklärung, wird der Kampf nicht sofort verbreitert und trotz der Verbindlichkeitsklärung fortgesetzt, werden die Hüttenarbeiter durch die Niederlagenstrategie der Reformisten eine schwere Schlappe erleiden, und die Hüttenbarone triumphieren. Das muß verhindert werden. Den kämpfenden Lauchhammerarbeitern muß sofort Solidarität erwiesen werden. Der Kampf um den Achtstundentag muß auf der ganzen Linie begonnen werden.